

- 2 **USA** Falsche Versprechungen
- 3 **Finanzpolitik** Wie man Länder kaputtspart
- 4 **Crowdwork** Kreative im Hamsterrad
- 5 **Online-Marktplätze** Von Klicks und Gigs
- 6 **Bildung** Vormarsch der Mädchen
- Arbeitsmarkt** Unsicherheit macht misstrauisch
- 7 **Ungleichheit** Ist Deutschland ein ungleiches Land?

PFLEGE

Arbeitszeit ist schlecht verteilt

In der Pflege sind viele Frauen in Teilzeit beschäftigt, die gern mehr arbeiten würden. Vollzeitbeschäftigte sind hingegen oft enormen Belastungen ausgesetzt. Eine denkbare Lösung wäre die „große Teilzeit für alle“.

Teilzeitarbeit ist in Pflegeberufen gang und gäbe, überall in Europa. Das zeigt eine Analyse von Lena Hipp, Nadiya Kelle und Lydia-Maria Quart. Die drei Forscherinnen vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) haben dazu Daten der europäischen Arbeitskräfteerhebung aus dem Jahr 2014 ausgewertet. Dass in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern so viel Teilzeit gearbeitet wird, hat zum einen historische Gründe: Pflegeaufgaben wurden stets von Frauen „nebenbei“ erledigt, zusätzlich zu privater Haus- und Familienarbeit, so die WZB-Wissenschaftlerinnen. Zum anderen erfordern sie einen höchst flexiblen Arbeitseinsatz, denn die Aufgaben lassen sich nicht beliebig verschieben und gleichmäßig über den Tag verteilen. Zum Beispiel fällt in Altenheimen besonders viel Arbeit am Morgen an, wenn die Bewohner Hilfe beim Waschen, Anziehen und Frühstück benötigen.

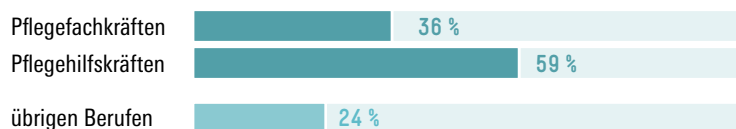
So kommt es, dass die Teilzeitquoten im Pflegesektor in vielen europäischen Ländern über dem Durchschnitt aller Beschäftigten liegen. Insbesondere die weniger qualifizierten Hilfskräfte erreichen oft nur geringe Stundenzahlen. In Deutschland arbeiten sie zu fast 60 Prozent in Teilzeit. Und mehr als 20 Prozent der Hilfskräfte würden gern länger arbeiten. Bei Fachkräften fallen die Zahlen niedriger aus.

Daraus sei jedoch keineswegs zu schließen, dass in der Pflegebranche nun eine pauschale Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf beispielsweise 39 Stunden anzustreben sei, betonen die Forscherinnen. Schließlich gibt ein großer Teil der Pflegerinnen – über 80 Prozent sind Frauen – an, keine volle Stelle anzustreben, weil die Arbeit physisch wie psychisch so belastend sei, dass sie mehr freie Zeit zum Ausgleich benötigen.

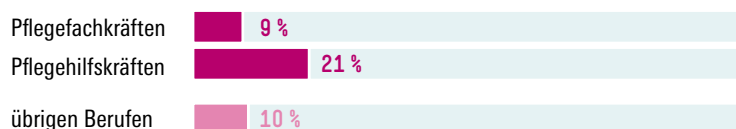
Es gehe vielmehr darum, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die ein angemessenes Auskommen, eine „nachhaltige Balance zwischen Arbeits- und Erholungsphasen“ sowie die Vereinbarkeit zwischen Job und Familie ermöglichen. Dadurch würden Pflegejobs attraktiver und weniger Beschäftigte würden der Branche nach vergleichsweise kurzer Zeit den Rücken kehren. Gleichzeitig wären die Weiterbildungsangebote auszu-

Unfreiwillige Teilzeit in Klinik und Heim

In Teilzeit arbeiten von den ...



Weniger als sie möchten, arbeiten von den ...



Quelle: Hipp, Kelle, Quart 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0736

bauen, um die Kluft zwischen Fach- und Hilfskräften zu verringern. „Eine von mehreren Möglichkeiten“, die bereits „im politischen Diskurs angekommen“ sei, ist Hipp, Kelle und Quart zufolge die „große Teilzeit für alle“. Ein solches Konzept, das einerseits den Interessen der Beschäftigten entspricht und andererseits dem Fachkräftemangel entgegenwirkt, könnte auch anderen Branchen zum Vorbild gereichen. <

Falsche Versprechungen

Kann Donald Trump verlorene Fabrikjobs nach Amerika zurückzuholen? Es sieht nicht danach aus, sagt Wirtschaftswissenschaftler James K. Galbraith.

Ökonomen spekulieren darüber, ob es dem neuen Präsidenten gelingen wird, das lahrende amerikanische Wirtschaftswachstum zu beschleunigen. Häufig werde argumentiert, es hänge viel davon ab, wie sich die Zinsen entwickeln, so James K. Galbraith von der Universität Texas. Dabei hantiere die Mainstream-Ökonomie mit komplizierten Modellen und Vorstellungen von einem „natürlichen Zinssatz“, der durch bestimmte Marktkräfte vorübergehend über- oder unterschritten werden könne. Faktisch ergebe sich der Preis des Kredits jedoch auf viel einfachere Art: Die Zentralbank bestimmt den Leitzins; das sei der entscheidende Faktor, urteilt Galbraith. Und entsprechend leicht falle die Prognose. Trump habe ausdrücklich angekündigt, die Fraktion der geldpolitischen „Falken“, der Befürworter hoher Zinsen, in der Zentralbank zu stärken.

Steigende Zinsen bei gleichzeitiger Ausweitung der Staatsausgaben und sinkenden Steuern: Dies ist laut Galbraith das wahrscheinlichste Szenario für Amerika. Eine Konstellation wie in den Jahren unter Ronald Reagan. Damals brachen viele Industriebetriebe unter der Last ihrer teurer werdenden Schulden zusammen und die USA rutschten in eine tiefe Rezession, bevor die Wirtschaft infolge massiver Rüstungsausgaben wieder Fuß fasste. Seinerzeit haben die Produktionswirtschaft im mittleren Westen sowie die Gewerkschaftsbewegung Galbraith zufolge schwere Schäden erlitten – von denen sie sich bis heute nicht erholt hätten.

All dies könnte sich nun wiederholen, fürchtet der Wissenschaftler. Die Aussicht auf steigende Zinsen und sinkende Steuern werde Kapital anlocken und den Dollarkurs steigen lassen. Dadurch verschlechtern sich die Exportchancen der Industrie und importierte Konkurrenzprodukte werden noch



WER TRUMP GEWÄHLT HAT, DAMIT ER DIE JOBS IN DER INDUSTRIE ZURÜCKHOLT, WIRD ENTÄUSCHT WERDEN.

James K. Galbraith

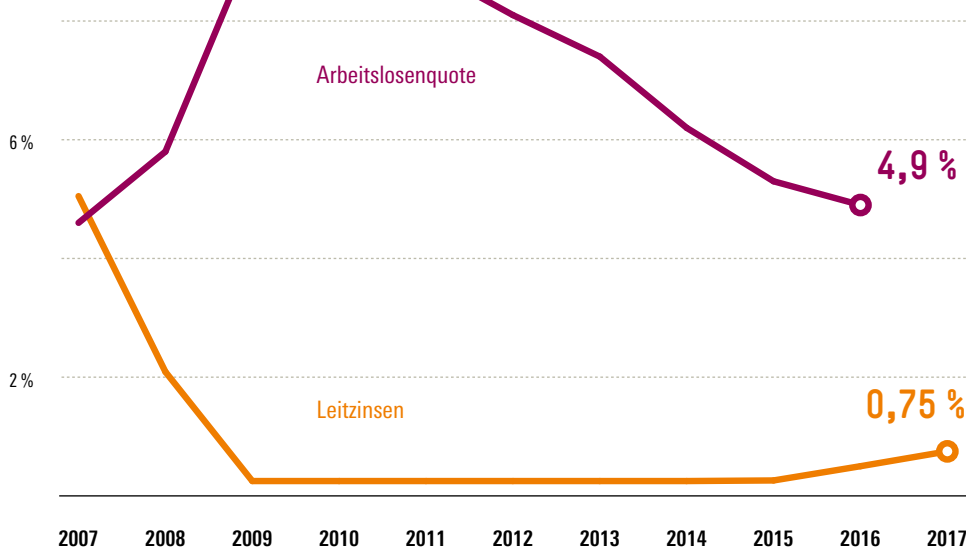
billiger – falls sie nicht wie von Trump angekündigt durch protektionistische Maßnahmen ferngehalten werden. Letzteres dürfte die Wirtschaft jedoch in Form von Preissteigerungen, Versorgungsengpässen oder Jobverlusten im Handel schädigen. Neue Produktionslinien aufzubauen, die entstandene Marktlücken auffüllen, brauche Zeit. Außerdem wäre es für Investoren hochgradig riskant, Investitionen zu tätigen, die nur unter der Voraussetzung hoher Zölle rentabel wären, erklärt der US-Forscher. „Industrielle werden keine Fabriken für Hemden oder Schuhe bauen, wenn sie wissen, dass jede künftige Regierung sie durch eine Rückkehr zum Freihandel in

wenigen Tagen in den Konkurs schicken kann.“ Die von Trump geschürte Hoffnung auf die Rückkehr der verlorenen Jobs in der Industrie werde sich daher nicht erfüllen.

Aber welchem Wirtschaftszweig kommen dann die von der neuen Regierung geplanten öffentlichen Investitionen und Steuersenkungen zugute? Galbraith' Antwort: der Immobilienwirtschaft. Der Bau von Infrastruktur führe nicht automatisch zu mehr Produktion. Investitionen in Straßen, Brücken, Flughäfen ließen zunächst einmal die Grundstückspreise steigen. Für internationale Anleger auf der Suche nach schneller Rendite und niedrigen Steuern sei dies die attraktivste Branche. Trump wisse das, sagt Galbraith, schließlich sei er ein „Immobilien-Mann“. <

Niedrige Zinsen, weniger Arbeitslose

So entwickelten sich in den USA seit der Finanzkrise ...



Quelle: NIGEM 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0737 Daten: bit.do/impuls0738

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: James K. Galbraith: Can Trump overcome secular stagnation?, real-world economic review, issue no. 78, März 2017 Download: bit.do/impuls0739

Wie man Länder kaputtspart

Konjunktur- oder Sparprogramme wirken nicht nur kurzfristig. Sie beeinflussen ebenso das langfristige Wachstumspotenzial.

Hätte Deutschland die Finanzkrise ohne Konjunkturpakete genauso gut gemeistert? Wäre die Arbeitslosigkeit in Griechenland nicht auch ohne Sparprogramme in die Höhe geschossen? Das ist nicht leicht zu beantworten. Schließlich lässt sich kaum experimentell überprüfen, wie eine andere Politik gewirkt hätte. Dennoch haben Wirtschaftsforscher Ansatzpunkte gefunden, um Antworten auf solche Fragen zu geben. Einer davon ist ein Vergleich von Konjunkturprognosen mit der tatsächlichen späteren Entwicklung. Dahinter steht folgende Überlegung: In jeder Konjunkturprognose stecken auch Annahmen über die Wirkung der herrschenden Wirtschaftspolitik. Wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass zwischen den wirtschaftspolitischen Annahmen – etwa: Sparhaushalte schaden dem Wachstum nicht – und den Prognosefehlern ein systematischer Zusammenhang besteht, spricht alles dafür, dass die Annahmen falsch waren.

Ein Beispiel sind die Wachstumsprognosen der EU-Kommission für Griechenland. Nach der Finanzkrise waren sie stets zu optimistisch und sahen die griechische Wachstumsrate schon nach kurzer Zeit wieder im positiven Bereich. Statistischen Analysen der IMK-Ökonomen Gustav Horn, Sebastian Gechert und Christoph Paetz zufolge kann das kaum Zufall sein. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich in den falschen Prognosen falsche Annahmen über die Auswirkungen der Sparpolitik spiegeln. Und die Differenz zwischen Prognose und realer Entwicklung lässt Rückschlüsse auf die wahren Effekte der Finanzpolitik, die sogenannten Fiskalmultiplikatoren, zu.

Die IMK-Ökonomen haben nicht nur den Fall Griechenland untersucht, sondern 22 europäische Volkswirtschaften einbezogen. Als Datenbasis dienen die Konjunkturprognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Jahre 2010 und 2011 und die jeweilige reale Wirtschaftsentwicklung. Ergebnis: Die IWF-Prognostiker hatten eine Multiplikatorwirkung von 0,5 angenommen; demnach würde jeder vom Staat ausgegebene Euro das Bruttoinlandsprodukt um 50 Cent erhöhen. Tatsächlich lag der Wert aber deutlich höher, nämlich bei 1,8. Ein zusätzlicher Euro entsprach einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,80 Euro. Umgekehrt: Jeder vom Staat eingesparte Euro ließ das Bruttoinlandsprodukt um 1,80 Euro sinken. Es fand „eine systematische und deutliche Unterschätzung der Multiplikatorwirkung von Fiskalpolitik statt“, schreiben die Forscher.

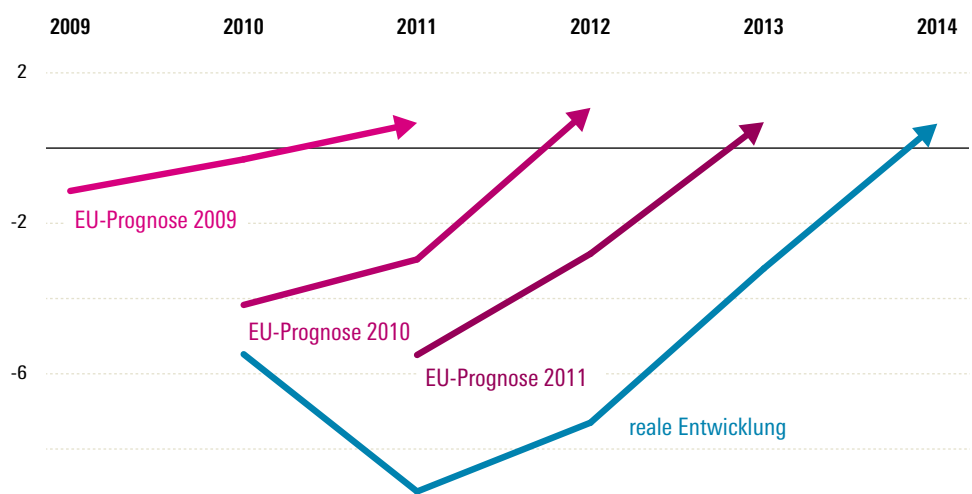
Die Fehleinschätzungen verursachen nicht nur unzutreffende kurzfristige Konjunkturprognosen. Sie führen den Untersuchun-

gen der Wissenschaftler zufolge auch zu falschen Vorstellungen über die potenzielle Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Das Wachstumspotenzial, das angibt, was bei voller Auslastung der Kapazitäten produziert werden kann, wird im selben Maße unterschätzt wie der Fiskalmultiplikator. Die Folge sind falsche Politikempfehlungen.

Es werde, so die Forscher, übersehen, dass staatliche Ausgaben zur Konjunkturstabilisierung durchaus langfristige Wirkungen entfalten, indem sie zu einem „verbesserten Potenzialpfad beitragen“. In welcher Größenordnung solche Effekte liegen, haben Horn, Gechert und Paetz am Beispiel Deutschland nachgerechnet. Sie kommen zu dem Schluss, „dass die während der Finanzkrise beschlossenen Konjunkturpakete nicht nur unmittelbar einen wesentlichen Beitrag geleistet haben, die Krise zu überwinden. Vielmehr haben sie auch das Wachstums-

Falsche Annahmen, falsche Prognosen

So prognostizierte die EU das griechische Wirtschaftswachstum ...



Quelle: Horn u. a. 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0740 Daten: bit.do/impuls0741

Hans Böckler
Stiftung

potenzial der deutschen Volkswirtschaft signifikant erhöht“ – um etwa drei Prozent. Das stelle „die übliche Trennung zwischen einer nur kurzfristigen und einer langfristigen Wachstumspolitik“ infrage.

Insgesamt habe sich gezeigt, dass die Fiskalpolitik „wesentlich wirksamer ist als vor den Krisen angenommen“. In Krisenzeiten auf zusätzliche Staatsausgaben zu verzichten, sei „weder sinnvoll noch durchzuhalten“. Entscheidend sei dabei allerdings das richtige Timing. Denn die Fiskalmultiplikatoren seien nicht unveränderlich. Besonders große Werte nehmen sie in unterausgelasteten Volkswirtschaften an. <

Quelle: Gustav Horn, Sebastian Gechert, Christoph Paetz: Konjunkturpakete versus Austeritätspolitik, Wirtschaftsdienst Sonderheft, März 2017 Download: bit.do/impuls0742

Kreative im Hamsterrad

Wer sich als Kreativer über eine Crowdsourcing-Plattform verdingt, muss mit eher schlechten Arbeitsbedingungen rechnen. Für viel Mühe und Zeitdruck gibt es oft wenig Geld.

So mancher träumt davon, beruflich etwas Kreatives zu machen. Das Internet scheint die Chance, diesen Traum zu erfüllen, deutlich erhöht zu haben: Wer mit seinem künstlerischen Talent Geld verdienen möchte, kann sich weltweit mit Kunden vernetzen. Ein wichtiges Forum dafür stellen Crowdsourcing-Plattformen dar. Dort können Unternehmen Aufgaben an die „Crowd“ auslagern, also für einzelne Projekte Dienstleister aus einer Vielzahl von Crowdworkern rekrutieren.

Wie es Kreativen ergeht, die sich auf diese Form der Erwerbstätigkeit einlassen, haben Philip Schörpf, Annika Schönauer und Hubert Eichmann von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt in Wien sowie Jörg Flecker von der Universität Wien untersucht. Dafür haben die Soziologen drei Experten, drei Plattform-Anbieter, vier Kunden und zehn Crowdworker interviewt, die als Grafikdesigner, Illustratoren, Sprecher, Texter oder Programmierer tätig sind. Den Ergebnissen zufolge gehen das rigide Kontrollregime und der Wettbewerbsdruck in diesem Bereich mit langen Arbeitszeiten, Einschränkungen im Privatleben und zum Teil unbezahlter Arbeit einher.

Unternehmen bietet Crowdsourcing erhebliche Vorteile, schreiben die Wissenschaftler. Dazu gehören der Zugang zu enormen Kreativitäts- und Qualifikationsressourcen, geringe Kosten, hohe Flexibilität und die Möglichkeit, Geschäftsbeziehungen jederzeit unkompliziert zu beenden. Technisch funktioniert das Ganze so: Auf den Online-Plattformen veröffentlichten Auftraggeber kurze Aufgabenbeschreibungen, inklusive Zeitrahmen und Vergütung – fix oder pro Stunde. Registrierte Crowdworker können sich anschließend für diese Jobs bewerben. Möglich sind auch Ausschreibungen von Wettbewerben: Die Teilnehmer schicken fertige oder fast fertige Arbeiten, Geld bekommt nur der Gewinner.

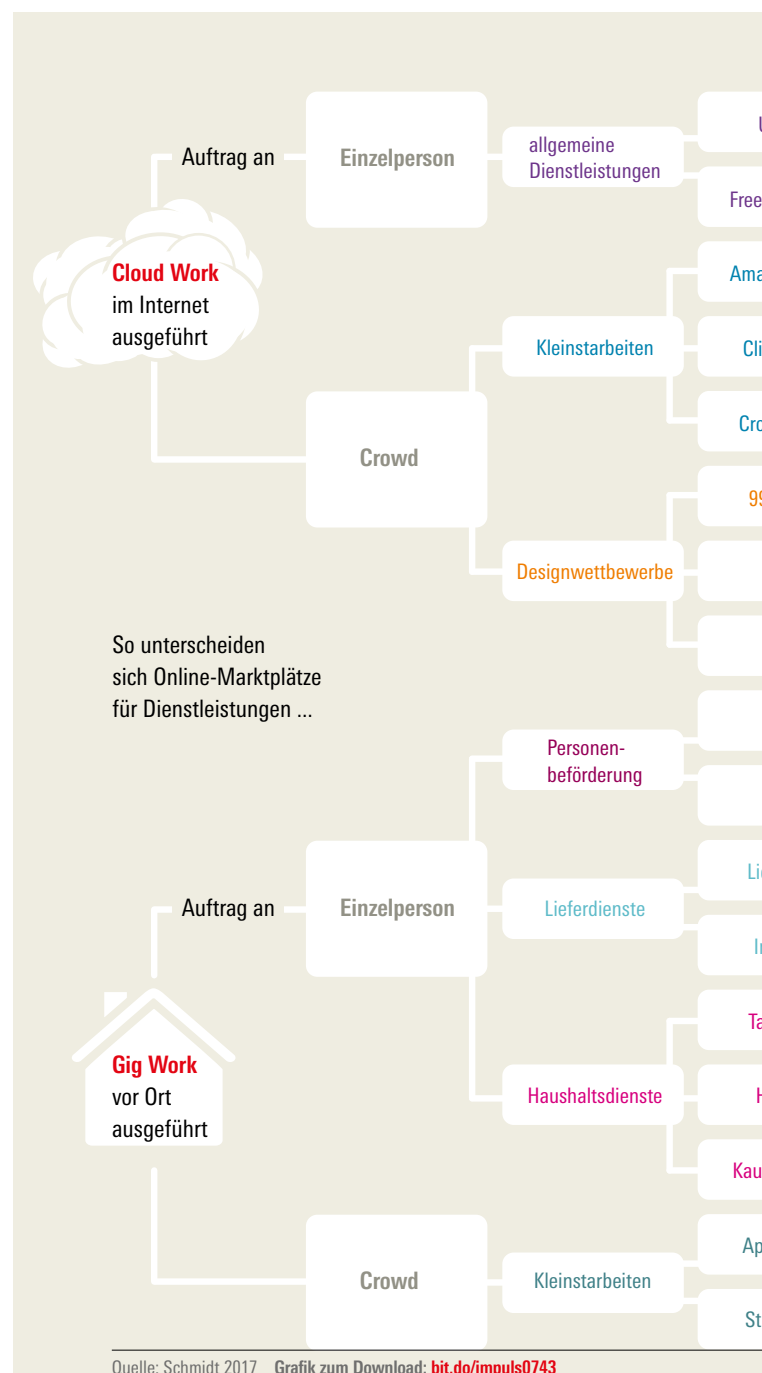
Kontrolldruck durch Noten

Auslagerung bedeutet für Auftraggeber aber immer auch Aufgabe von direkter Kontrolle, so die Autoren. Um diesen Nachteil auszugleichen, bieten die Plattformen Programme an, die eine Überprüfung des Arbeitsfortschritts ermöglichen. Diese Programme versorgen den Auftraggeber in regelmäßigen Abständen mit Screenshots von der Benutzeroberfläche des Crowdworkers, gewähren Zugang zur Webkamera oder protokollieren Tastenanschläge und Mausbewegungen. Die Voraussetzung: Der Betroffene muss der Überwachung zustimmen. Genutzt werden solche Instrumente den Befragungen zufolge allerdings kaum.

Stattdessen seien Kunden und Kreative normalerweise sehr ergebnisorientiert, berichten die Forscher. Kontrolle üben die Auftraggeber in erster Linie über ein Bewertungssystem aus: Für die Erledigung von Aufgaben vergeben sie Noten, wobei es auch Unterkategorien beispielsweise für die Einhaltung von Budget und Fristen, die Qualität der Arbeit oder die Reaktionszeit gibt. Anders als in der analogen Welt, wo mündlich auch differenzierte oder ambivalente Urteile übermittelt werden können, seien die digitalen Bewertungsschemata jedoch starr und eindimensional, urteilen die Sozialwissenschaftler. Di-

rekte Kommunikation unter Umgehung der Plattformen werde gezielt unterbunden, die Online-Profile der Jobsuchenden seien nur begrenzt aussagekräftig.

Da gute Bewertungen nicht nur ein maßgebliches Kriterium für die Vergabe von Aufträgen darstellen, sondern zum Teil auch Voraussetzung für den Zugang zu sogenannten Premium-Projekten oder für eine höhere Bezahlung sind, befinden sich die Kunden in einer mächtigen Position: Über die aktuelle Geschäftsbeziehung hinaus können sie per Rating maßgeblich die Jobaussichten des Bewerteten beeinflussen.



Infolgedessen sind die Crowdworker zum Teil zu erheblichen Zugeständnissen bereit: Die Befragten geben an, dass sie regelmäßig zu wenig Honorar abrechnen, zusätzliche Dienste anbieten oder für Änderungswünsche rund um die Uhr erreichbar sind. Um überhaupt erstmal eine Online-Reputation aufzubauen, sei es üblich, zu Beginn der Karriere auch umsonst zu arbeiten.

Zeitdruck durch ständige Erreichbarkeit

Wer einen Auftrag ergattert, muss sich einem straffen Zeitregime unterwerfen: Der Zeitrahmen für die Aufgabenerfüllung beträgt den Interviews zufolge größtenteils mehrere Stunden oder allenfalls wenige Tage. Lange Arbeitszeiten, ständige Erreichbarkeit und Wochenendarbeit seien zwar generell ein Problem von selbständigen Kreativen, schreiben die Forscher. Bei Crowdworkern komme indes hinzu, dass sie extrem schnell auf Angebote reagieren müssen. Denn die Erreichbarkeit und die Reaktionszeit werden online dokumentiert. Weil es nicht möglich ist, das Profil – etwa im Urlaub – zu deaktivieren, ist

permanent die Sorge präsent, durch eine verspätete Reaktion Reputation und damit Verdienstmöglichkeiten einzubüßen. Allgemein ist nach Einschätzung der Soziologen davon auszugehen, dass die Vergütung wegen des mitunter globalen Wettbewerbs niedriger als im Offline-Bereich ausfällt. Die meisten Befragten sind jedenfalls auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen. Zudem sind viele von ihnen schon Opfer von Betrug gewesen: Wer sich auf alternative Zahlungswege einlässt, um Plattform-Gebühren zu vermeiden, geht oft komplett leer aus.

Auch was den schöpferischen Charakter der Arbeit angeht, müssen die digitalen Dienstleister Abstriche machen: Projekte in minutiös definierte Teilaufgaben zu zerlegen, sei in Kombination mit permanentem Kontrolldruck und begrenzter Kommunikation eine eher ungünstige Voraussetzung für die Entfaltung von Kreativität, urteilen die Wissenschaftler. <

Quelle: Philip Schörpf, Jörg Flecker, Annika Schönauer, Hubert Eichmann: Triangular love-hate: management and control in creative crowdworking, New Technology, Work and Employment 1/2017

- Jpwork
- lancer.com
- amazon MTurk
- clickworker
- awdflower
- 9designs
- Jovoto
- Quirky
- Uber
- Lyft
- eferando
- instacart
- skrabbit
- helpling
- fmich.com
- p-Jobber
- reetspotr

ONLINE-MARKTPLÄTZE

Von Klicks und Gigs

Viele reden über digitale Arbeit – die wenigsten wissen genau, was gemeint ist. Ein Forscher systematisiert die Welt der Internetjobs.

Uber, Helpling, Clickworker – diese Unternehmen gehören zur sogenannten Plattform-Ökonomie. Sie sind nichts anderes als Marktplätze im Internet, die Dienstleistungen vermitteln wie Taxifahren, Wohnungsreinigung oder das Schreiben von Werbetexten. Die Menschen, die ihre Arbeitskraft auf diesen Plattformen anbieten, sind in der Regel nicht fest angestellt. Sie stehen auf Abruf bereit, sind sozial kaum abgesichert, haben keinen Kündigungsschutz. Sie können zwar entscheiden, wann und für wen sie als Nächstes arbeiten. In der Praxis müssen sie sich aber nach Vorgaben und Bewertungssystemen der Plattformen richten. Was die neuen digitalen Jobs ausmacht und wie sie sich unterscheiden, zeigt eine Analyse von Florian A. Schmidt, der am Royal College of Art in London die Plattform-Ökonomie erforscht hat und an der Entwicklung der Initiative FairCrowdWork.org beteiligt war.

Der Wissenschaftler differenziert zunächst zwischen **Cloud Work** und **Gig Work**. Bei **Cloud Work** handelt es sich um Arbeiten, die im Internet vermittelt und erledigt werden. Das können einfache Tätigkeiten sein wie das Testen von Apps oder die Überprüfung von Adressen. Dies geschieht beispielsweise auf Plattformen wie Amazon MTurk. Aber auch komplexe Aufgaben können von Klickarbeitern bearbeitet werden, vor allem im Bereich Design. Hier treten oft mehrere Designer im Wettbewerb gegeneinander

an. Jeder reicht einen Entwurf ein, einer bekommt den Auftrag. Die anderen gehen leer aus. Nach diesem Prinzip funktionieren Plattformen wie 99designs oder Jovoto. Der große Unterschied bei **Gig Work**: Hier werden die Jobs zwar auch über Internet-Plattformen vermittelt, aber vor Ort ausgeführt. Beispiel: Ein Kunde bestellt eine Pizza im Internet. Die Auslieferung übernimmt ein freiberuflicher Fahrer, der – unterwegs mit eigenem Fahrzeug – eine Nachricht auf sein Smartphone erhält, wo er das Essen abholen und abliefern soll. Ursprünglich kommt der Begriff Gig aus der Musikbranche – ein Künstler versteht darunter einen einzelnen Auftritt, ohne längerfristige Verpflichtungen. Diesen kurzfristigen Charakter haben auch die Jobs aus dem Internet.

Bislang betrifft **Cloud Work** oder **Gig Work** nur einen kleinen Teil der Beschäftigten in Deutschland, und wenn, dann dient die digitale Arbeit ihnen meist nur als Zuverdienst. Doch die Prinzipien der Plattform-Ökonomie – wie etwa die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen oder die Zersplitterung von Arbeiten in kleinste Teilaufgaben – könnten auch in andere Bereiche einziehen, so der Autor. Bislang berufen sich die Plattformen häufig darauf, sie seien keine Arbeitgeber, sondern nur Vermittler und damit der falsche Ansprechpartner in Sachen Arbeitnehmerrechte. Der Wissenschaftler fordert jedoch, die Anbieter stärker in die Pflicht zu nehmen: „Es hat sich herausgestellt, dass die Plattformen sowie deren Kunden am meisten von den neuen Möglichkeiten profitieren, während sie die Risiken an die Auftragnehmer und die sozialen Kosten an die Gesellschaft auslagern.“ Um Chancen und Risiken gerechter zu verteilen, sei es notwendig, frühzeitig sicherzustellen, dass Arbeitnehmerrechte und soziale Absicherung auch für digitale Jobs gelten. Gerade im Fall von **Gig Work** sieht er dafür gute Chancen, schließlich handele es sich um Dienstleistungen, die nicht neu sind – es müsse daher ein Weg gefunden werden, die etablierten Interessenvertretungen auf die digitale Welt auszuweiten. „Es gibt keinen Grund, warum hart erkämpfte Rechte nicht angewendet werden sollten, nur weil die Arbeit über eine Internet-Plattform organisiert wird“, schreibt Schmidt. <

Quelle: Florian A. Schmidt: Digital Labour Markets in the Platform Economy. Mapping the Political Challenges of Crowd Work and Gig Work, FES, 2017 Download: bit.do/impuls0744

Vormarsch der Mädchen

In Sachen Bildung haben Frauen enorm aufgeholt. Das liegt an ihren Müttern.

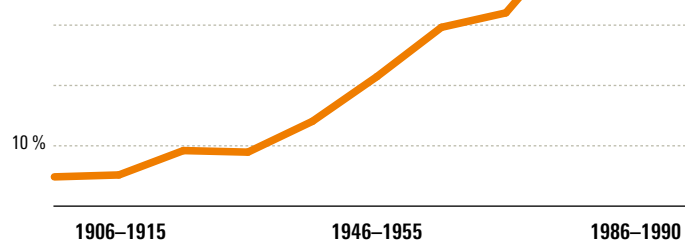
Mädchen profitieren noch heute von der Bildungsexpansion der Nachkriegszeit. Sie haben höher qualifizierte Mütter als jede Generation zuvor und orientieren sich an ihnen. Zu diesem Ergebnis kommt die Frankfurter Soziologin Andrea Ziefle, die biografische Daten von mehr als 40.000 Frauen der Jahrgänge 1892 bis 1990 statistisch ausgewertet hat. Es zeigt sich, welche enormen Fortschritte Frauen in Sachen Bildung gemacht haben. Vor allem wird aber deutlich, worin die Ursachen liegen.

Ziefle unterscheidet drei mögliche Mechanismen. Erstens die **allgemeine Bildungsexpansion**: Über alle Schichten hinweg erwerben junge Menschen höhere Bildungsabschlüsse. Zweitens eine **soziale Öffnung des Bildungssystems**, also mehr Chancengleichheit – die Verhältnisse im Elternhaus spielen eine geringere Rolle. Drittens eine **veränderte Zusammensetzung der Elternhaushalte**: Das Bildungssystem bleibt zwar sozial selektiv und der Einfluss der Eltern entscheidend; Kinder erwerben aber höhere Abschlüsse, weil immer mehr Eltern über höhere Bildung verfügen.

Letzteres erklärt „etwa ein Drittel des gesamten historischen Anstiegs der Bildungschancen von Frauen in Westdeutschland“, so die Forscherin. Der Effekt der allgemeinen Bildungsexpansion schlägt mit 60 Prozent zu Buche, gestiegene Chancen-

Abi wird Standard

So viele Mädchen machten Abitur aus den Geburtsjahrgängen ...



Quelle: Ziefle 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0745

Hans Böckler Stiftung

gleichheit nur mit 7 Prozent. Wobei für verschiedene Jahrgänge unterschiedliche Mechanismen dominant waren: Die in den 1950er-Jahren und früher geborenen Frauen profitierten vom „allgemeinen Anstieg der Bildungschancen quer durch alle Schichten“; ihre Töchter entstammen folglich bereits zu einem erheblich größeren Teil bildungsnahen Elternhäusern als die Generation zuvor. Eine besondere Rolle spielen dabei die besseren Abschlüsse der Mütter. Daraus dürfte sich erklären, dass die Bildungsbeteiligung von Mädchen schneller und stärker gestiegen ist, als die der Jungen, so die Forscherin.

Etwas anders verlief die Entwicklung in Ostdeutschland. Hier setzte die breite Bildungsexpansion bereits ein Jahrzehnt früher ein. Allerdings kam es in der Spätphase der DDR zu einer „planwirtschaftlichen Deckelung des Zugangs zu höherer Bildung“. Seit der Wiedervereinigung gibt es keine nennenswerten Unterschiede mehr zwischen den beiden Landesteilen. <

Quelle: Andrea Ziefle: Der lange Arm der Bildungsexpansion, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/2017

ARBEITSMARKT

Unsicherheit macht misstrauisch

Wenn die berufliche Zukunft ungewiss ist, hat das gravierende Folgen: Studien zeigen, dass Arbeitsplatzunsicherheit unter anderem der Produktivität, der Zufriedenheit und der Gesundheit von Beschäftigten schadet. Christoph Nguyen von der FU Berlin hat einen weiteren Effekt nachgewiesen: Auch das allgemeine soziale Vertrauen geht zurück, wenn die Angst vor Jobverlust grassiert.

Dass es einen Zusammenhang zwischen der Situation am Arbeitsmarkt und dem Vertrauensniveau in einer Gesellschaft geben dürfte, erscheine aus mehreren Gründen plausibel, schreibt der Politikwissenschaftler. Zum einen verringere Geldnot die Fähigkeit, mit Verlusten durch enttäushtes Vertrauen umzugehen. Zum anderen hätten Arbeitslose weniger soziale Kontakte und damit weniger Gelegenheit, Zutrauen zu ihren Mitmenschen aufzubauen. Schon die Angst

vor Jobverlust führe oft dazu, dass Betroffene sich zurückziehen. Tatsächlich entlassen zu werden, verletze den „psychologischen Vertrag“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der den Tausch von Engagement gegen Sicherheit vorsieht. Das zerstöre Vertrauen.

Den vermuteten Zusammenhang hat Nguyen anhand von Daten des European Social Survey aus den Jahren 2002 bis 2013 empirisch überprüft, die sich auf fast 90.000 Erwerbspersonen in 23 Ländern beziehen. Als Maßstab für das soziale Vertrauen dienten Angaben der Befragten, für wie zuverlässig, fair und hilfsbereit sie „die meisten Menschen“ halten. Individuelle Merkmale wie Geschlecht, Bildung oder Haushaltseinkommen sowie nationale Rahmenbedingungen wie die Einkommensungleichheit wurden bei der Analyse herausgerechnet.

Das Ergebnis: Je höher die Arbeitslosenquote im Beruf der Befragten ist, desto weniger Vertrauen haben sie in ihre Mitmenschen. Nicht nur aktuelle, sondern auch frühere Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit wirken sich negativ aus, selbst wenn die gegenwärtige Arbeitssituation stabil ist. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Politik: Der Zusammenhang zwischen Ungewissheit und sozialem Vertrauen ist umso schwächer, je höher die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und aktive Arbeitsmarktpolitik im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ausfallen. Offenbar seien staatliche Eingriffe also geeignet, die negativen Auswirkungen von Arbeitsplatzunsicherheit auszugleichen, urteilt der Autor. <

Quelle: Christoph Nguyen: Labour Market Insecurity and Generalized Trust in Welfare State Context, European Sociological Review, Januar 2017 (online)



Ist Deutschland ein ungleiches Land?

Die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen über beinahe 60 Prozent des gesamten Nettohaushaltsvermögens. Dieser Wert liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 50 Prozent.

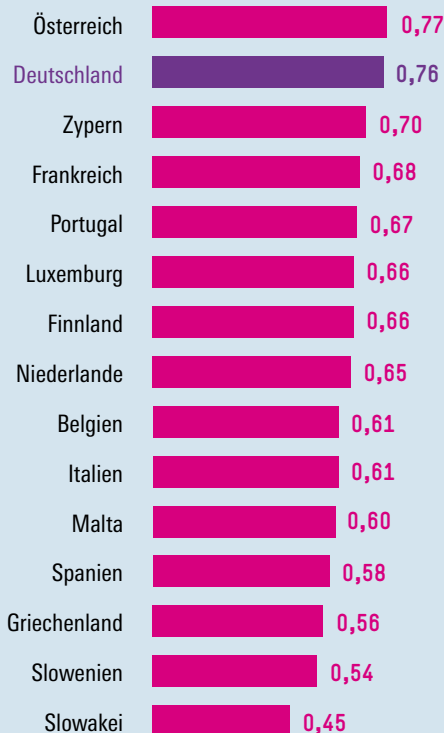
Die unteren 20 Prozent in Deutschland besitzen gar kein Vermögen. Kritiker wenden ein, dass die Rentenanwartschaften, die einen wichtigen Teil des Vermögens darstellen können, in dieser Statistik außen vor bleiben. Würde man sie berücksichtigen, stünde Deutschland besser da. Doch der Einwand überzeugt nicht. Schließlich haben gerade Menschen mit wenig Vermögen und niedrigem Einkommen im internationalen Vergleich relativ geringe Anwartschaften. Zudem nutzen solche Ansprüche wenig, wenn im täglichen Leben das Geld fehlt.

Auch der sogenannte Gini-Koeffizient – ein verbreitetes Maß für Ungleichheit – belegt: In fast keinem anderen Land der Eurozone ist die Vermögensungleichheit so groß wie in Deutschland. Nur in Österreich sind die Verhältnisse ähnlich. Österreich und Deutschland kommen bei den Vermögen auf einen Gini-Koeffizienten von 0,77 und 0,76. Je näher der Gini am Wert 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

In Sachen Einkommensverteilung schneidet Deutschland im europäischen Vergleich etwas besser ab. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,3 liegt die Bundesrepublik ganz knapp unter dem EU-Durchschnitt. Größer ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in den von der Eurokrise betroffenen Staaten sowie Ländern in Mittel- und Osteuropa. Die meisten west- und nordeuropäischen Länder weisen eine geringe Ungleichheit auf. In fast allen europäischen Ländern sind die Einkommen in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre auseinandergedriftet, in Deutschland jedoch über-

Enormes Gefälle

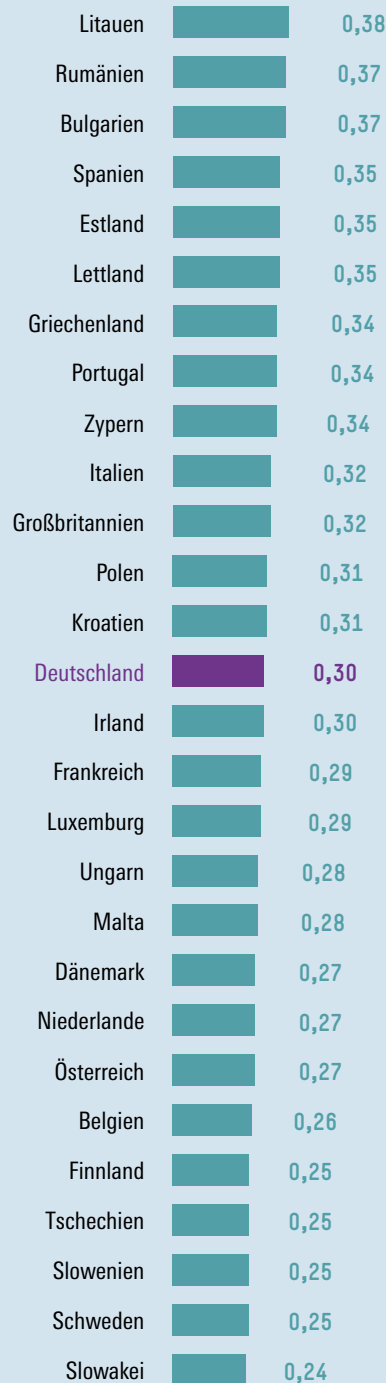
So groß war die Vermögensungleichheit 2010 in ...



proportional stark. Dies hängt mit der Zunahme von atypischer Beschäftigung – Teilzeit, befristeter Arbeit oder Minijobs – in diesem Zeitraum zusammen.

Fazit: Deutschland ist gerade im Vergleich zu Ländern mit ähnlichem Wohlstandsniveau ein eher ungleiches Land. <

So groß war die Einkommensungleichheit 2014 in ...



QUELLEN

Eurofound: Recent developments in the distribution of wages in Europe, Luxemburg 2015 bit.do/impuls0746

Martin Heidenreich: Der Pyrrhussieg des Egalitarismus. Einkommensungleichheiten in Europa, WSI-Mitteilungen 01/2016 bit.do/impuls0747

OECD: In It Together – Why Less Inequality Benefits All, Mai 2015 bit.do/impuls0748

Miriam Rehm, Matthias Schnetzer: Piketty revisited: Vermögensungleichheit in Europa, in: Peter Bofinger, Gustav A. Horn, Kai Daniel Schmid, Till van Treeck (Hrsg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, 2015 bit.do/impuls0749

Je höher der Gini-Koeffizient, desto ungleicher die Verteilung. Der größtmögliche Wert ist 1.
Quellen: HFCS/EZB 2013, Eurostat 2017

Grafik: bit.do/impuls0750 Daten: bit.do/impuls0751

Hans Böckler Stiftung

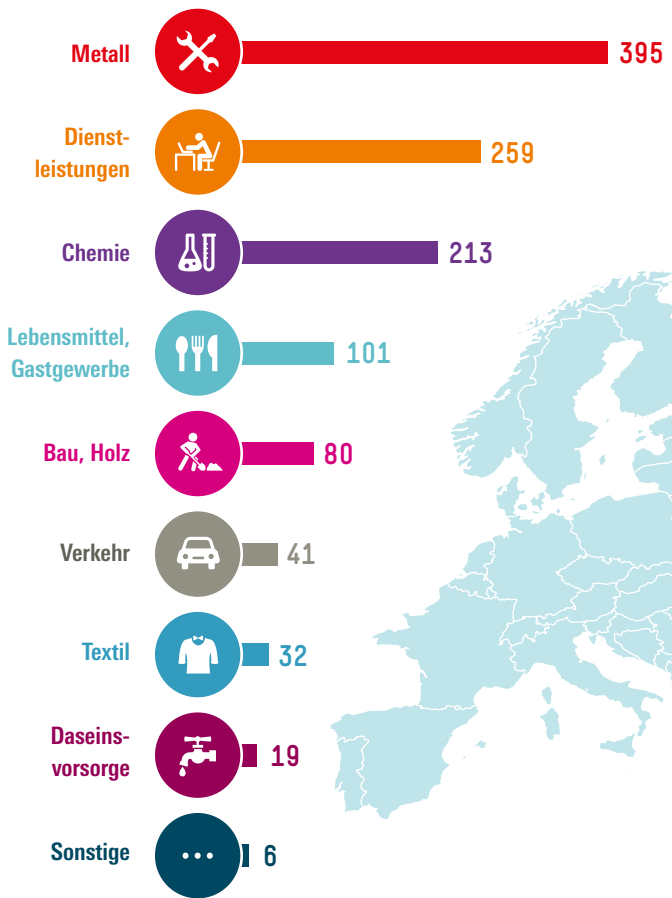
IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Sabrina Böckmann, Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

MITBESTIMMUNG

Wo Eurobetriebsräte mitreden

So viele Europäische Betriebsräte gibt es in der Branche ...



Quelle: ETUI, März 2017 bit.do/impuls0752

ARBEITSLOSIGKEIT

Niedrigster Wert seit 1990



Laut einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird 2017 ein gutes Jahr für Arbeitnehmer: Die Forscher erwarten einen weiteren Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf mehr als 44,2 Millionen. Zudem werde die Zahl der Arbeitslosen auch 2017 weiter sinken – auf rund 2,5 Millionen, den niedrigsten Wert seit 1990.

Quelle: IAB, März 2017 bit.do/impuls0753

GESUNDHEIT

Armut macht krank

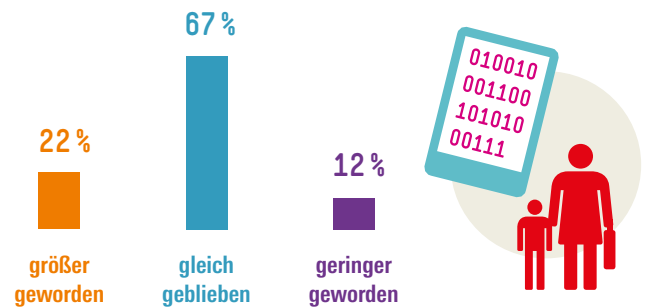
Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erzielt, lebt kürzer. Bei Frauen sinkt die Lebenserwartung um acht Jahre, bei Männern um elf Jahre. Das zeigen neue Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI). Zudem verdoppelt sich das Risiko für psychische Erkrankungen, Herzinfarkt, Schlaganfall und Diabetes.

Quelle: RKI, März 2017 bit.do/impuls0754

ARBEITSWELT

Digitalisierung kann Vereinbarkeit verbessern

Für Frauen mit Vollzeitstelle sind die Spielräume für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Digitalisierung ...

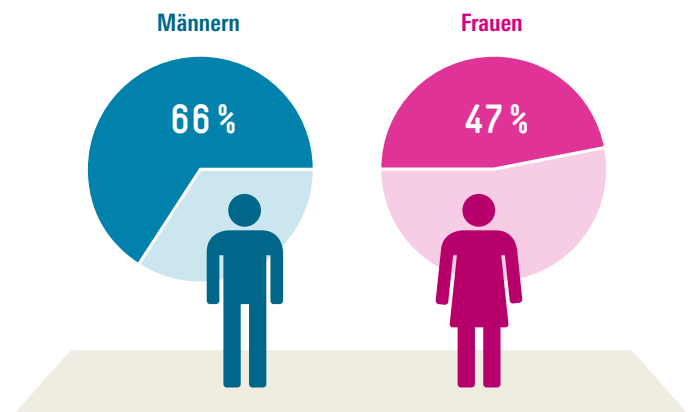


Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, März 2017 bit.do/impuls0755

GENDER

Wahrnehmungslücke bei Chancengleichheit

Dass Männer und Frauen die gleichen Chancen auf Top-Posten im Unternehmen haben, glauben von den ...



Quelle: Roland Berger, März 2017 bit.do/impuls0756